

*Leseauszug*  
Seite 17-30

# Die Bremer Links- radikalen

*Aus der Geschichte der Bremer  
Arbeiterbewegung bis 1919*

---

Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen

Bremen 6. April 1969

## Der Kampf um Bremen\*

Als, nach vorangegangenen Massenversammlungen am 4. und 5. November, am 6. November der Sturm in Bremen losbrach, waren die namhaften Führer der Linksradikalen . . . nicht zur Stelle. Sie steckten irgendwo an den Fronten oder saßen in Berlin und anderswo in den Gefängnissen. Am 6. November wählten die Arbeiter der Weserwerft Arbeiterräte und befreiten zusammen mit aus Kiel herübergekommenen Matrosen die Militärgefangenen im nahen Oslebshausen. Am selben Tag machte die Rebellion eines Wehrmannes, Ecks, auf dem Kasernenhof den Abtransport marschbereiter Fronttruppen unmöglich. Unter linksradikaler Führung nahm ein Transport von Matrosenmeutern auf dem Bahnhof die Waffen der Begleitmannschaft an sich und zog zur Kaserne. Den am Abend die Straßen durchziehenden und dann vor dem Rathaus versammelten Massen kündigte der Unabhängige Frasunkiewicz, der Vertreter der schärferen Tonart in der USP und Gegenpart Henkes, die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrats an. Im Rathaus nahm man die Sache nicht so ernst, schrieb man doch erst den 6. November. Die konservativen Patrizier hielten zur selben Stunde würdevoll Parlaments-sitzung, die sogenannte Bürgerschaft, ab und beschlossen, doch eingeschüchtert, auf sozialdemokratischen Antrag das gleiche Wahlrecht, wobei sich der Senat jedoch das Vetorecht vorbehielt. Henke aber versuchte die Konkurrenz der Rechtssozialisten zu schlagen durch einen Mißtrauensantrag gegen den bereits machtlosen Senat. Aber auch die SPD stimmte gegen Henke. Mit solchem Possenspiel begannen die rechten und linken Sozialdemokraten die Revolution. Ihm entsprach die Zusammensetzung des am selben Tage gebildeten Soldatenrats, in dem der örtliche Kommandeur, Oberst Lehmann, saß. Dies Idyll dauerte allerdings nicht lange. Der 7. November sah Riesendemonstrationen, der Arbeiterrat wurde gebildet, und die SPD machte eiligst mit. Am 9. November hatten die Offiziere unter dem Druck der Werftarbeiter den Soldatenrat räumen müssen. Der Senat wollte am 11. November den Stempel auf die geordnete Revolution drücken durch eine Vorlage für das gleiche Wahlrecht, aber am 14. November setzte der Arbeiterrat ihn ab<sup>4)</sup>. Henke allerdings wollte damit nach dem Muster Hamburgs, wo er sich persönlich Rat holte, den Senat nur nach außen ver-

<sup>\*</sup>) Auszug aus der Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution.

<sup>4)</sup> Ausdruck der derzeitigen Meinung des Soldatenrates ist eine Erklärung des Rates vom 15. November 1918:

Der Soldatenrat Bremen protestiert dagegen, daß die Reichsregierung die Befehlsgewalt der Offiziere wieder einsetzen will. Der Zusammenbruch des alten Systems hat dieselben erledigt.

Eine Regierung, die Hand in Hand mit den Trägern des alten Systems arbeitet, hat ihr Urteil selbst gesprochen, wir bekämpfen diese als Feind der neuen Gewalt der Arbeiter- und Soldatenräte.

Das Parlament ist aufgelöst, die darauf ruhende Regierung hat keine Machtbefugnisse mehr. Die örtlichen Soldaten- und Arbeiterräte haben die Gewalt und werden diese auch gegen die anmaßende Gewalt der Regierung Ebert, Haase durchsetzen, solange dieselben bürgerliche Politik treiben und keine sozialistische.

1. Vors. Ecks Exek.-Aussch. Jannack, Meyer, Rietschel

schwinden lassen, ihn sich aber als Verwaltungshilfe warm halten: „Ich glaube verkünden zu dürfen, daß auch der Senat zu seinem Teile seine frühere Tätigkeit gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat fortführen wird. (Bravo!) Es wird also die Verwaltungstätigkeit nicht darunter leiden. Die Maschine läuft, aber Lokomotivführer ist der Arbeiter- und Soldatenrat, der Vertreter des gesamten Volkes. Die Demokratie hat gesiegt und soll weiter siegen. Das ist der Sinn dieser neuen Einrichtung, die alles in allem natürlich nur ein Provisorium sein kann.“ Dementsprechend wurden denn auch Vereinbarungen getroffen. Jedoch der Radikalisierungsprozeß setzte sich schnell fort. Die Offiziere wollten, wie der Senat, mittun. Ihr Anbiederungsversuch wurde vom Soldatenrat, in den Karl Jannack eingetreten war, abgewiesen. Am 18. November konnte der im Gefängnis körperlich schwer mitgenommene Johann Knief in Bremen erscheinen, nachdem er erst die Linksradiكالen in Dresden, dann in Cuxhaven, mit seinem Rat unterstützt und von dort eine Abteilung Matrosen nach Bremen dirigiert hatte, die in der Folge den Kern der bewaffneten Arbeitermacht bildete.)\* Knief betrieb sofort mit aller Kraft den Aufbau der Partei und die Agitation. Massenversammlungen verlangten, um die verwaschene Volksbewegung zur Klassenbewegung zu gestalten, vom Arbeiter- und Soldatenrat die schroffe Herausarbeitung aller proletarisch-revolutionären Forderungen, die Bewaffnung der industriellen Arbeiterschaft, die Entwaffnung aller nicht rein proletarischen Elemente, die Entfernung aller Bürgerlichen und Sozialpatrioten aus dem Arbeiter- und Soldatenrat, die Zurückgabe der „Bürgerzeitung“ an die Organisation der Linksradiكالen, Beschlagnahme der Papiervorräte der bürgerlichen Presse, um die Arbeiterpresse vor Papiernot zu schützen, Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte der Großbourgeoisie, die restlose Entfernung des Senats und der Bürgerschaft (des Parlaments) und der Polizei. Diese Forderungen wurden auch in den Betrieben propagiert. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte zwar die Ausschreibung der von den Rechtssozialisten geforderten Wahlen zu einer Volksvertretung abgelehnt,

\*) In diesen Tagen schrieb Knief unter dem Namen Peter Unruh auch eine Broschüre „Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution“, die den Charakter der Novemberrevolution und die Rolle der SPD, der USPD, der Räte und der Kommunisten scharf umriß. Mit Unterstützung kommunistischer Vertrauensleute beim Zentralrat der Marine wurden von der Broschüre 100 000 Exemplare angefertigt und in kurzer Zeit im ganzen Reich verbreitet, was angesichts der Schwäche der kommunistischen Presse und der auch noch in den Vorderreihen der Arbeiterklasse herrschenden Unklarheit nicht von geringer Bedeutung war. Kniefs Stärke lag, wie es nach dieser Broschüre scheinen könnte, nicht nur in der scharfen Analyse der jeweiligen Lage. Als gegen seinen Rat die Kommunisten in Bremen im Dezember 1918 gegen die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung entschieden, konkretisierte er sofort die sich aus dieser Entscheidung ergebenden Aufgaben, wie er denn überhaupt die gegenwärtigen und nächsten Aufgaben mit hervorragendem Geschick als Schritte auf dem Wege zur Macht herauszuarbeiten und deutlich zu machen wußte. Rosa Luxemburgs Absage an den Terror beantwortete er im Dezember im „Kommunist“ mit rücksichtsloser Kritik, warf der Spartakuszentrale Beschränkung auf aufpeitschende Agitation vor und solidarisierte sich immer wieder mit den Bolschewiki und ihren Kampfmethoden.

seine Mehrheit wollte aber auch von den kommunistischen Forderungen nichts wissen und lehnte noch am 22. November die Übergabe der „Bürgerzeitung“ ab, worauf am 27. November der „Kommunist“ erschien. USP und SPD warben unter der Garnison, suchten aber die kommunistische Agitation unter den Soldaten zu verhindern, deren Vertrauensleute sich für die Nationalversammlung erklärten. Ein Bürgerrat bereitete in Erwartung des baldigen Einmarsches der Bremer Fronttruppen einen gegenrevolutionären Anschlag vor. Am 24. November erschien eine Massendemonstration vor dem Rathaus und erzwang nach einer Rede Kniefs Abstimmungen im Arbeiter- und Soldatenrat, bei denen ein Antrag gegen die Nationalversammlung und für die proletarische Diktatur (wegen der Forderung nach der Diktatur) mit 97 gegen 56 Stimmen, bei 36 Stimmenthaltungen des Soldatenrats und eines Teiles der USP, abgelehnt wurde. Die Bewaffnung des industriellen Proletariats wurde mit 100 gegen 19, die Verwandlung der „Bürgerzeitung“ in ein Organ des Arbeiter- und Soldatenrats mit 89 gegen 31 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten, die sich zum großen Teil vor den letzten Abstimmungen entfernt hatten, drohten mit Austritt aus dem Arbeiterrat, wenn die „Bürgerzeitung“ angetastet werde, was denn auch nicht geschah. Der „Kommunist“ zog aus der Nichtdurchführung der angenommenen Anträge und den Abstimmungen des Arbeiter- und Soldatenrats den Schluß: „Der Arbeiterrat hat Farbe bekannt. In seiner jetzigen Zusammensetzung hat er sich als reaktionäres Organ enthüllt. Er hat sich für die Nationalversammlung ausgesprochen. Er hat in einer grundlegenden Frage gegen den Willen der Massen entschieden. Das Ergebnis? Neuwahlen zum Rat. Neuwahlen unter Ausschluß der Mehrheitssozialisten. Schaffung eines Rates, der zum Schwatzen unfähig, dafür aber zum Handeln um so fähiger ist.“ Und an anderer Stelle hieß es, die Kommunisten hätten die Mehrheit der industriellen Arbeiter hinter sich. Aber nicht auf Bremen allein komme es an, es gelte, in Bremen die Klassenforderung schroff und klar zu erheben und so weit durchzusetzen, als es der Stand der revolutionären Bewegung im Reiche und insbesondere in Nordwestdeutschland gestatte.

„Ihr steht auf Vorposten! Ihr dürft nicht in blindem Kampfeswillen nur geradeaus vorwärtsstürmen. Ihr müßt eure Blicke in größere Weiten senden – über Bremen hinaus! Ihr steht auf Vorposten! Ihr müßt die anderen nach euch ziehen. Schafft hier in Bremen eine Zentrale für die revolutionäre Propaganda in Nordwestdeutschland. Laßt diese Zentrale die Besten unter euch über den ganzen Bezirk verstreuen. Laßt diese Zentrale Flugschriften drucken. Tragt Sorge für deren weiteste Verbreitung. Wenn diese Aktion Hand in Hand geht mit dem Kampfe, den ihr hier am Orte führt und weiterführen sollt – dann, aber nur dann führt dieser Kampf euch vorwärts.“

Die KPD sandte in den nächsten Tagen und Wochen eine ganze Anzahl Genossen in die weitere Umgebung. Der Einzug des in Bremen aufgestellten Reserve-Infanterie-Regiments 213 war angemeldet. Der Bürgerausschuß organisierte eifrig, agitierte in öffentlichen Versammlungen für die Wiedereinsetzung des Senats und protestierte telegraphisch gegen das Verbot einer Demonstration bei Ebert, der nachdrücklichst für Achtung der Ver-

sammlungsfreiheit zu sorgen versprach. Die Banken machten dem Arbeiterrat Kreditschwierigkeiten. Im Arbeiter- und Soldatenrat wurde am 9. Dezember ein Antrag auf volle Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft mit 173 gegen 34 Stimmen abgelehnt<sup>5)</sup>. Am 21. Dezember nahm die USP mit Hilfe des Soldatenrats die „Bürgerzeitung“ in Besitz, worauf die Kommunisten erklärten, ein Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen in einer Redaktion sei nicht mehr möglich. Das am 11. Dezember eingezogene Reserve-Infanterie-Regiment 213 versuchte der Bürgerausschuß durch festliche Bewirtung zu gewinnen, doch demobilisierte der in seiner Zusammensetzung teils radikalisierte Soldatenrat die Mannschaft alsbald und begann Ende Dezember die der USP und KPD angehörenden militärisch ausgebildeten Arbeiter zu bewaffnen<sup>\*</sup>). Knief, der ständig zur Bewaffnung der Arbeiterschaft getrieben hatte, wandte sich sofort gegen die vom Soldatenrat begonnene Bewaffnung aller, teils erst nach dem Aufruf zur Bewaffnung eingetretenen Mitglieder der beiden Parteien und drang auf Bildung absolut zuverlässiger Abteilungen als Kern der bewaffneten Arbeitermacht. Nicht nur der Ton der bürgerlichen Presse, die in zwei Fällen auf ein paar Tage verboten wurde, auch andere Umstände deuteten auf einen wohlgeordneten Vorstoß des Bürgertums hin. Das 75. Infanterie-Regiment, etwa 600 Mann stark, kam am 30. Dezember vor der Stadt an und sandte dem Arbeiter- und Soldatenrat eine Abordnung, die 1. Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft, 2. Aufnahme von sechs Mitgliedern in den Soldatenrat, 3. Übernahme des

<sup>5)</sup> Weiteres aus der Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates:

Ergebnis der Mitarbeit der revolutionären Lehrer in der linksradikalen Bewegung seit dem Schulstreit 1905 waren schulpolitische Forderungen des Schulausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, dessen Mitglieder Hermann Böse, Heinrich Eildermann, Klawitter, Esdorn und Alfken waren.

„Der Biblische Geschichtsunterricht und die Morgenandachten sind abzuschaffen. Belehrungen über Religionsgeschichte gehören in den Geschichtsunterricht. Der Geschichtsunterricht wird ersetzt durch sachgemäße kulturhistorische Belehrungen im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus. Wo bisher der Geschichtsunterricht zur Verherrlichung der Hohenzollern und des Krieges mißbraucht worden ist, muß das künftig unterlassen werden. Abfällige Äußerungen über die Revolution sind nicht gestattet. Es muß alles unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution zu schüren. In den Lehrerbibliotheken sollen Werke aus dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus aufgenommen werden. Eine Behandlung der in den Lesebüchern aufgenommenen tendenziösen geschichtlichen Stoffe muß in der Folge unterbleiben. Bilder von einer auf die Hohenzollern und den Krieg bezüglichen Tendenz sind aus den Schulen zu entfernen. Die wegen ihrer politischen Überzeugung und wegen ihres Kampfes gegen die Schulbürokratie gemäßregelten Lehrer sollen wieder eingestellt werden. In der Schulverwaltung ist das autokratische System abzuschaffen. Der Schulleiter ist dem Kollegium nebenzuordnen, an dessen Beschlüsse er gebunden ist. Die Wahl des Schulleiters erfolgt durch ein demokratisches Verfahren auf begrenzte Zeit. Der Schulleiter ist nicht berechtigt, die Unterrichtsmethode und Unterrichtsergebnisse zu kontrollieren. Die Lehrenden unterstehen in der Aufsicht über ihre Tätigkeit dem Ausschuß des Arbeiterrates für Unterricht und Bildung. Es ist erwünscht, daß an jeder Schule Eltern- und Schülerräte gebildet werden.“

<sup>\*</sup>) Die illegale Bewaffnung eines Teiles der kommunistischen Arbeiter war schon früher mit aus Cuxhaven herangeholten Waffen durchgeführt worden.

Wachdienstes, 4. Besetzung der Kaserne verlangte. Nicht mehr!<sup>6)</sup> Die von Henke geführten Unterhändler sagten die Erfüllung der drei letzten und nochmalige Prüfung des ersten Punktes zu. Das Regiment zog am Neujahrstag unter dem Jubel des Bürgertums ein, wurde aber durch eine Kriegslist überrumpelt und von Arbeitern und Matrosen entwaffnet. Zwar gelangten die Führer des Regiments, Major Caspari und ein Leutnant, nach Verhandlungen dennoch in den Soldatenrat, zogen es aber angesichts der drohenden Haltung der bewaffneten Arbeiter vor, nach einigen Tagen wieder zu verschwinden, um sich insgeheim der Organisation eines Freikorps zu widmen.

Anfang Januar traf die Kommunisten ein unersetzlicher Verlust, Johann Knief erkrankte schwer und starb nach Monaten, am 6. April, an den Folgen einer Blinddarmoperation. Es sollte sich bald zeigen, wie sehr er der, durch starken Zustrom neuer, politisch nicht gefestigter Mitglieder, schnell gewachsenen Partei in Bremen fehlte. Auf den 6. Januar waren endlich die Arbeiterratswahlen angesetzt. Wählen konnten nur die Mitglieder der SPD, USP und KPD, und zwar in den Betrieben, denen auch die Arbeitslosen zugewiesen wurden. Hausfrauen und Zwergbetriebe wählten in Stadtbezir-

<sup>6)</sup> In der politischen Propaganda zur Neutralisierung der 75er gab der Soldatenrat folgendes Flugblatt heraus:

Arbeiter, Bürger und Soldaten!

Unser aktives Regiment 75 liegt vor den Toren Bremens. Es ist die letzte Rast vor dem Einzuge.

Freuden-, Sieges- und Kampfeswünsche wehen ihnen wie ein Sturm entgegen. — Endlich soll der heimatliche Einzug im glorreichen Triumpfe gipfeln. Die Wünsche des Regiments sowie vieler Bürger überbrachte gestern eine Kommission der 75. der dem hiesigen Soldatenrate. Was sind die Wünsche? — Einzug in die Kaserne! Jawohl ihr Arbeiter, Bürger und Soldaten. Die Kameraden, die treu ihren Mann gestanden haben, als die Garnison sich erhob und die Reaktion stürzte, diese Treukämpfer der Revolution sollen die Kaserne räumen! Und warum? Sind nicht unsere 75.er Fleisch von unserem Fleische, die ebenso unter der alten Knechtschaft des Militarismus gelitten haben? Sind sie nicht ebenso daran interessiert, daß unsere, durch die Kriegspolitik der alten Machthaber zusammengebrochene Wirtschaft wieder neu aufgebaut wird, und zwar nicht auf dem System der Sklavenausbeutung, sondern auf dem System wo Ausbeutung der Menschen durch Menschen nicht mehr möglich ist. Frei sei der Mensch und gebt ihm Freud und Arbeit.

Arbeiter, Bürger, Soldaten, wer organisiert den Brudermord? Die Reaktion hat den Verleumdungsfeldzug gegen den Arbeiter- und Soldatenrat eröffnet, nach diesem Trommelfeuer soll der Angriff erfolgen. Ihr Soldaten, wollt Ihr nochmals Krieg? Nein, weder für noch gegen die Revolution wollt Ihr bluten. Ihr wollt endlich nach Hause, Ihr wollt nach den jahrelangen Entbehrungen Ruhe, Ruhe und Frieden, und wir in dem Soldatenrat, wir wollen die Verbrüderung und nicht den Brudermord. Reicht uns die Hand!

Ihr Kameraden der 75. er, kommt Ihr als Freund oder Feind?! Wißt Ihr, wozu dunkle Elemente Euch gebrauchen wollen, kennt Ihr die übelriechenden Gerüche, die Euch als Werkzeuge neuer Putschversuche verwenden wollen? Kameraden! Zeigt öffentlich, daß Ihr mit den blutdürstigen Elementen nichts gemeinsam habt, macht dieser jetzt auf der Stadt lastenden Atmosphäre ein Ende. erklärt öffentlich, ob Ihr Geaner der Arbeiter- und Soldatenräte seid oder nicht. Offenheit und Wahrheit gibt Ruhe und Ordnung!

Soldatenrat Bremen, Schilling, 2. Vors. Soldatenrat Bremen Exekutive, Alb. Meyer

ken. Die Beschränkung des Wahlrechts auf die politisch Organisierten, anstatt auf die rein proletarischen Schichten, war ein rechter USP-Gedanke. Bei der KPD mußte eine mehr oder weniger starke Verwässerung des politischen Standes der Mitgliedschaft die Folge sein, während den unabhängigen Organisationskonstrukteuren Mitgliederzuwachs so gut wie alles war. Die SPD jedoch zog nicht nur ihren Nutzen aus dem nach Bekanntgabe dieses Wahlrechts einsetzenden starken Zulauf zu den drei Parteien, sie veranstaltete die tollsten Schiebungen, ließ unter den Beamten, den Schutzleuten, Warenhausangestellten, die für die Wahl als Legitimation zugelassenen Aufnahmescheine verteilen, zählte in Großbetrieben die Bürger bis zum Direktor hinauf zu ihren „Mitgliedern“ und suchte mit den zahlreichen, schwer kontrollierbaren Kleinbetrieben die Mehrheit zu gewinnen. Die SPD hatte 113, die USP 64, die KPD 62 Mandate erhalten. Die Kommunisten hatten dies Resultat vorausgesehen und im „Kommunist“ bereits am 3. Januar gesagt, die Massen würden die Sozialpatrioten, die sich auf schlaue Wahltricks glaubten verlassen zu können, zum Tempel hinausjagen. Der Beginn der auf das ganze Reich zurückwirkenden Kämpfe in Berlin tat ein übriges. „Nieder mit Ebert-Scheidemann und hinaus mit ihren Wortführern aus dem Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen! Restlose Abdankung des Senats! Einsetzung von Volkskommissariaten! Ausscheiden aller bürgerlichen und rechtssozialistischen Elemente aus dem Soldatenrat!“ Das waren die Forderungen einer von den Kommunisten veranstalteten riesigen und teils bewaffneten Demonstration, die am 10. Januar vor dem Rathaus erschien. Gegen den Willen der Soldatenratsmehrheit machte auch ein Teil der Garnison mit<sup>7)</sup>. Der Arbeiter- und Soldatenrat stimmte ohne die auscheidenden Rechtssozialisten den Forderungen zu und wählte in einen Rat der Volkskommissare, bestehend aus je drei Vertretern der KPD, der USP und des Soldatenrats. Henke, Frasunkiewicz, Kaiser, Rietschel und Drettmann von der USP und Knief, Dannat, Jannack und Bäumer von der KPD. Knief wurde in Abwesenheit in der Hoffnung auf seine baldige Genesung gewählt. Er hatte sich kurz vorher schon vom Krankenlager gegen die Überschätzung der Berliner Ereignisse und für Bremen gegen eine lokale, verfrühte Machtergreifung ausgesprochen. Neben dem Rat der Volksbeauftragten, in dem Henke und Frasunkiewicz den Vorsitz hatten, wurde ein Vollzugsrat eingesetzt, der aus den neun Leitern der Volkskommissariate (Schule und Bildung, Polizei und Gerichte, Ernährung, Finanzen, Volkswohlfahrt, Arbeit und Fabriken, Bauten und Wohnungen, Schifffahrt und Verkehr, Presse und Propaganda) und je drei Vertretern der USP und der KPD, insgesamt aus neun Unabhängigen und sechs Kommunisten bestand<sup>8)</sup>. Bre-

<sup>7)</sup> Außerdem veranstaltete die „Junge Garde“ eine Demonstration auf dem Doms-  
hof, auf der Konrad Brauckmüller die sozialistische Jugend zum Mitkämpfen für die  
proletarische Diktatur aufrief.

<sup>8)</sup> Die Volkskommissariate wurden folgendermaßen besetzt:

1. Volkskommissariat für das Schul- und Bildungswesen:  
Leiter: Hermann Böse, Beiräte: Heinrich Eildermann, Klawitter

men wurde zur selbständigen sozialistischen Republik erklärt, die Entwaffnung aller bürgerlichen Elemente binnen 24 Stunden angeordnet, die bürgerliche Presse unter Vorzensur gestellt, das Standrecht verhängt und ins Reich telegraphiert: „An alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands! Das Bremer Proletariat, empört über das Blutregiment der mit dem Ausbeutertum verbündeten Ebert-Regierung, hat sich heute, am 10. Januar 1919, losgesagt von jeder Gemeinschaft mit dem Blutterror der Bourgeoisie, der sich in Berlin im Kampfe gegen das Proletariat offenbart. Das Bremer Proletariat hat sein Geschick in die Hand einer eigenen proletarischen Volksregierung gelegt. Das Bremer Proletariat fordert den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat auf, sich ihm im Kampfe gegen das Blutregiment des Bürgertums anzuschließen. Der Rat der Volkskommissare, Bremen.“

In der Umgebung wurden am 11. Januar in Vegesack und Blumenthal die Behörden abgesetzt, was in Delmenhorst bereits am 8. Januar geschehen war.

Bereits am 13. Januar wirkte sich die Niederschlagung der revolutionären Arbeiter Berlins dahin aus, daß der Arbeiter- und Soldatenrat mit 101 gegen 88 Stimmen (bei den letzteren der von Frasunkiewicz geführte Teil der USP) die vom Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat gegen sechs Stimmen beschlossene Verhinderung der Wahlen zur Nationalversammlung ablehnte. Am nächsten Tag unternahm auf Anstiften der SPD-Führer ein Teil der Garnison unter Führung des Soldatenrats Meyer, angeblich, um die völlige Entwaffnung der Garnison zu verhindern, einen Angriff gegen die bewaffneten Arbeiter. Wichtige Punkte der Stadt wurden besetzt, der Stadtkommandant Ecks und die Soldatenräte Jannack und Reimann verhaftet. Nachmittags mißlang ein Versuch, die Arbeiter der Weserwerft zu entwaffnen, wobei es vier Tote und Verwundete gab<sup>9)</sup>. Den ewig schwankenden, auf der Werft als Vermittler erscheinenden Henke hielten die Arbeiter für den

2. Volkskommissariat für das Polizei- und Gerichtswesen:  
Leiter: Herold, Beiräte: Düe, Becker
3. Volkskommissariat für das Ernährungswesen:  
Leiter: Vögeding, Beiräte: Klima, Grabowsky
4. Volkskommissariat für das Feuer- und Finanzwesen:  
Leiter: Ertinger, Beiräte: August Hagedorn, Fritz
5. Volkskommissariat für die Volkswohlfahrt:  
Leiter: Kerrls, Beiräte: Jörn, Kullrich
6. Volkskommissariat für das Fabrik- und Arbeitswesen:  
Leiter: Radzuhn, Beiräte: Sommer, Osermann, Manthey
7. Volkskommissariat für das Bau- und Wohnungswesen:  
Leiter: Starker, Beiräte: Götz, Hoyer
8. Volkskommissariat für Schifffahrt und Verkehrswesen:  
Leiter: Schaare, Beiräte: Diedrichs, Schaper
9. Volkskommissariat für Presse und Propaganda:  
Leiter: Alfred Faust, Beiräte: Störmer, Willems

In den Vollzugsrat wurden, neben den 9 Leitern der Volkskommissariate, Braune, Brauckmüller, Herold, Stockinger, Bremermann, Otto gewählt.

Schuldigen und hätten ihn bald niedergeschossen. Die Vorfälle des Tages wurden auf beiderseitige Mißverständnisse zurückgeführt und der Kompromiß geschlossen, alle Waffen in Depots niederzulegen und Wachen durch Arbeiter und Soldaten gemeinsam zu besetzen. Der Stadtkommandant trat zurück. Die Offiziere hatten der Garnison vergeblich ihre Hilfe angeboten, und die zum Eingreifen bereite, vor Bremen eingetroffene Verdener Artillerie, deren Erscheinen auf die Drahtzieher der Aktion hindeutet, zog wieder ab.

Die Lage verschärfte sich. Die gegenrevolutionären Zettelungen im Bürgertum wurden immer offener. Ärzte und Beamte drohten mit Streik. Die mit der Forderung nach Wiedereinsetzung von Senat und Parlament verbundene Kreditsperre machte der Räteregierung das Leben schwer. In Demonstrationen wurde gegen die Aufhebung des Religionsunterrichts und andere radikale Schulreformen protestiert. Der Rat der Volkskommissare begann zurückzuweichen, hob die Vorzensur der bürgerlichen Presse und den Belagerungszustand auf. Die Wahlen zur Nationalversammlung gingen am 19. Januar in aller Ruhe vor sich. Während die KPD am 21. Januar gegen die Finanzmanöver der Banken und Großindustriellen zum Generalstreik aufgerufen hatte, suchte sich eine kleine Gruppe der Kommunisten der Disziplin zu entziehen und führte am 20. und 21. Januar die Wiederholung der Aktion vom 14. Januar in umgekehrter Richtung durch, wobei die Garnison entwaffnet wurde. Die Sache wurde wieder eingereckt, doch lehnte die USP eine Teilnahme am Generalstreik ab. Am 21. Januar beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat gegen 17 Stimmen, für eine bremische Volksvertretung Wahlen auszuschreiben, die am 9. März stattfinden sollten. Doch die Tatarenberichte über Bremen hörten nicht auf, das Verlangen des Bürgertums nach Truppen zur Entwaffnung der Arbeiter wurde immer dringender.

Die Hetze gegen die revolutionären Arbeiter Bremens wurde genährt durch die Vorgänge am 27. und 28. Januar in Wilhelmshaven. Nach mancherlei Differenzen des dortigen unabhängig orientierten Einundzwanzigerrates mit der SPD hatte der Rat das nationalliberale „Wilhelmshavener Tageblatt“ beschlagnahmt und eine Zeitung „Die Tat“ gegründet. Als am 11. Januar

9) Organisator der bewaffneten Gegenwehr der Werftarbeiter war Julius Obadowski. Er gehörte zu den Linksradikalen und war im Krieg Feldwebel gewesen. Die Werftarbeiter zerschlugen den gegen die Bewaffnung der Arbeiter gerichteten Putsch und entwaffneten die Putschisten.

Ein Mitstreiter aus der Zeit der Revolution berichtet uns folgende Geschichte: Der besondere Stolz der Arbeiter, besonders der Frauen, war die „gute Stube“, die nur zu besonderen Festtagen betreten werden durfte. An einem Tag, als der Sturm den Schnee durch die Straßen fegte, hatte Genosse Obadowski zu einer Besprechung über militärische Fragen in seine Wohnung eingeladen. Als die Genossen vor der Tür standen und umständlich ihre Mäntel abschlugen und die Stiefel säubern wollten, trat ihnen die Frau des Hauses entgegen und sagte: „Laßt nur, Genossen, ischa Revolution“, und führte sie in die gute Stube. Diese Äußerung zeigt, daß selbst die Frauen aus ihrer Lethargie herausgerissen worden waren und den Kampf der Männer zu dem ihrigen machten.

die Kommunisten die „Wilhelmshavener Zeitung“ besetzten, kam es zu einer Aktion der Deckoffiziere und Berufssoldaten mit dem Erfolg, daß beide Zeitungen freigegeben und zwei Berufssoldaten in den Rat aufgenommen wurden. Die nächsten Tage brachten Demonstrationen und Gegen Demonstrationen, und am 27. Januar besetzten Arbeiter und Matrosen öffentliche Gebäude. Sie wurden aber bald durch die Berufssoldaten, die sich der Führung des seit Wochen heimlich mit der Aufstellung einer Offiziertruppe beschäftigten Kapitäns Ehrhardt unterstellten, in die Tausendmann-Kaserne vertrieben. Nachts mit Boots-Kanonen, Gasgranaten und Maschinengewehrfeuer bombardiert, mußte die Besatzung morgens die Waffen strecken. Es gab insgesamt acht Tote und zahlreiche Verwundete. Eine führende Rolle hatte der junge Lehrer Jörn gespielt, dem die Parteileitung der KPD in Bremen bereits wegen der Eigenmächtigkeiten am 20. und 21. Januar in Bremen mit dem Ausschluß drohte. Eine vielberedete Entführung des Geldbestandes der Wilhelmshavener Reichsbankstelle nach der Kaserne war ein Provokateurstückchen, das nie ganz aufgeklärt wurde. Es steht nur fest, daß die erst viel später entlarvte gerissene Polizeiagentin Schröder-Mahnke in Wilhelmshaven in Matrosenuniform umherlief und die Hände im Spiele hatte.

Für die Reichsexekution gegen Bremen führte die Reichsregierung als wichtigsten Grund die Gefährdung des Auslaufens der für den Transport amerikanischer Lebensmittel bestimmten Schiffe an. Von Gefährdung konnte keine Rede sein. Die Lohnforderungen der hundsgemein bezahlten und immer noch der vorsintflutlichen Seemannsordnung unterstellten Seeleute waren mehr als berechtigt und wurden in allen Häfen, vor allem auch in Hamburg, erhoben. Die Differenzen waren außerdem beigelegt, als Noskes Aktion begann. Aber angesichts der im ganzen Reiche flackernden Feuer mußte der Reichsregierung der alte radikale Brandherd Bremen als böses Beispiel für das Reich und vor allem für die Wasserkante um so gefährlicher erscheinen, als hier die Bewaffnung der Arbeiter trotz der bereits erfolgten Zugeständnisse an die bürgerliche Demokratie aufrecht erhalten worden war. Am Donnerstag, 30. Januar, meldete ein Telegramm, die Reichsregierung habe zur Wiederherstellung geordneter Zustände Truppen nach Bremen in Marsch gesetzt, worauf der bremische Rat der Volksbeauftragten mit einem Protesttelegramm antwortete, in dem es hieß: „In Bremen herrscht völlige Ruhe und Ordnung. Differenzen zwischen Regierung und Bürgerschaft werden durch Verhandlungen gelöst. Spartakisten befinden sich nirgends an leitender Stelle.“

Nachts verhandelte noch eine Bremer Abordnung ergebnislos mit dem Hauptmann Danner, den die Division Gerstenberg, die aus in Berlin freigeordneten Truppen zusammengestellt war, als Unterhändler bestimmt hatte. Tags darauf telegraphierte der Arbeiter- und Soldatenrat Bremerhaven und der nach Bremen geeilte Vorsitzende des Soldatenrats des 9. Armee Korps an Noske, es herrsche Ruhe und Ordnung, die Lebensmittelschiffe könnten auslaufen, er solle die Truppen zurückziehen. Die in Hamburg versammelten, durch die Verordnung über die Kommandogewalt vom

19. Januar ohnehin aufgebrachten Vertreter des 9. Armeekorps telegraphierten: „Hamburg, 31. Januar. Die Delegierten des IX. Armeekorps protestieren mit aller Schärfe gegen die Entsendung von Truppen in den Bereich des IX. AK. Die Soldatenräte des IX. AK sind entschlossen, mit allen Mitteln für die Ordnung selbst einzustehen. Wir sehen in dem letzten Schritt der Regierung eine Kriegserklärung an das IX. AK und sind bereit, die letzten Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Soldatenräte des IX. AK sind entschlossen, die wenigen Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und sind überzeugt, die überwiegende Mehrzahl der Soldatenräte hinter sich zu haben. Wir verlangen, daß die in den Bereich des IX. AK entsandten Truppen zurückgezogen werden.“

Mit der inzwischen weiter gegen Bremen vorgerückten Division wurde schließlich ein Waffenstillstand erzielt, wonach bis zum Sonnabend, 1. Februar, der Vormarsch einzustellen sei. Die Arbeiterschaft der ganzen Wasserkante empfand die Aktion gegen Bremen als Bedrohung. Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ leitartikelte: „Sollen wir durch den Militarismus die Revolution erwürgen lassen?“ und fand scharfe Töne gegen Noske. Der große Arbeiterrat in Hamburg beschloß am Sonnabend mit 232 gegen 206 Stimmen auf Antrag Laufenbergs, der Soldatenrat des 9. Armeekorps solle unverzüglich alle gebotenen militärischen Maßnahmen ergreifen, sofortige Sicherung der Anmarschstraßen, Bewaffnung der Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden, Besetzung des Hafens. Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittellager, Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln. Die SPD war nur für Theaterdonner und stimmte fast geschlossen dagegen. Der Oberste Soldatenrat Hamburgs jedoch drohte Noske am selben Tage mit der Mobilisierung des 9. Armeekorps und der gesamten Arbeiterschaft Hamburgs, und der Bevollmächtigte des Sicherheitswesens, Vogler, telegraphierte nach Bremen: „In der Stunde der Gefahr stehen wir hinter euch.“ In Bremen hatte man sich dahin geeinigt, daß die Arbeiter die Waffen unter Kontrolle des Beauftragten des 9. Armeekorps an die vom Armeekorps dafür bestimmten Truppen abliefern sollten. Die Arbeiterratsmitglieder der Mehrheitssozialisten, die am 1. Februar wieder zu der Arbeiter- und Soldatenrats-Sitzung zugezogen wurden, baten unter Hinweis auf die Entwaffnungsabmachung telegraphisch in Berlin um Aufschub des Einrückens der Division. Am Sonntag, dem 2. Februar, kam morgens 3 Uhr, folgende Vereinbarung zustande: „Die Volksbeauftragten Bremens sind bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bremens ist bereit, an den Korps Soldatenrat des IX. AK alle Waffen und Munition abzuliefern. Der Oberste Soldatenrat Groß-Hamburg und der Korps Soldatenrat des IX. AK verbürgen sich für die Durchführung der Entwaffnung und für Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen. Die Mehrheitssozialisten Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg, da deren Auftrag restlos erfüllt ist. Die Division Gerstenberg erklärt, im Laufe des 2. Februar in die Stadt Bremen und in Hemelingen nicht einzumarschieren, falls kein Truppenzug von außen nach Bremen erfolgt. Die Genos-

sen Rusch und Wrede (Siebener-Ausschuß Groß-Hamburg) und Graeger (Arbeiterrat Oldenburg) werden der Stadtkommandantur Bremen zur Kontrolle beigeordnet und halten die Verbindung mit der Division Gerstenberg aufrecht. Genosse Lampl vom Zentralrat und Leutnant v. Pritzelwitz, letzterer als Vertreter der Division Gerstenberg, überbringen dieses Abkommen der Reichsregierung.

Lampl, Vorsitzender des Soldatenrats in Hamburg; K. Ertinger, J. Drettmann, Frasunkiewicz vom Rate der Volksbeauftragten Bremens, Waigand, Schindelhauer und Schelter als Vertreter der Mehrheitssozialisten, Graeger (Arbeiterrat Oldenburg), Rusch (Soldatenrat Groß-Hamburg), Libertin und Frese (Soldatenrat Bremen), Pool (Korps Soldatenrat des IX. AK), Behrens (Landtagsabgeordneter Oldenburg), Hauptmann Danner und Leutnant von Pritzelwitz (Div. Gerstenberg).“

Von den Unterzeichnern gehören Drettmann, Frasunkiewicz, Frese der USP, Ertinger der KPD, alle anderen, einschließlich des Hauptmanns Danner und des Junkers von Pritzelwitz, der SPD an. Henke, der Vorsitzende der Bremer Regierung der Volksbeauftragten, war am 2. Februar zur Erfüllung seiner parlamentarischen Pflichten zur Nationalversammlung nach Weimar gefahren. Am Montag beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat einstimmig:

1. Rücktritt der jetzigen Regierung und Bildung einer Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien und nach Verhältnis der abgegebenen Stimmen im Arbeiter- und Soldatenrat.
2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren.
3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in ihren Stellungen zu bleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.“

---

\*) Auch der Major Caspari spielte dabei eine Rolle. Er hatte den Gerstenbergern eine Bremer Freiwilligentruppe von etwa 200 Mann zugeführt. In einem Erinnerungsartikel erzählt sein Adjutant, Oberstleutnant a.D. Klose: „Das militärische Eingreifen am 4. Februar 1919 war das Ergebnis vorausgegangener, damals streng geheim gehaltener Besprechungen der Vertreter der politisch und wirtschaftlich interessierten Kreise Bremens mit dem Major Caspari. Diese Besprechungen setzten sich später in der Reichskanzlei und bei Noske fort. Auch die Reichsregierung war von der Notwendigkeit des militärischen Eingreifens durchdrungen.“ — „Als am 3. Februar, abends, die Bremer Unterhändler nochmals nach Verden kommen, somit die Gefahr besteht, daß Hauptmann Danner sich auf weitere Verzögerungen einläßt, reißt Caspari die Geduld und er verlangt von Oberst Gerstenberg unter Hinweis auf den Noskeschen Befehl den Vormarschbefehl für den nächsten Tag.“ — Caspari wurde nach Bremens Eroberung in Anerkennung seiner Verdienste zum Stadtkommandanten, und später zum Polizeiobersten ernannt. In seiner Freiwilligentruppe spielte der Leutnant Fritz Fuhrmann eine hervorragende Rolle, der später als Fememörder zu Zuchthaus verurteilt wurde. — Der mehrfach erwähnte Hauptmann Danner wurde später Polizeioberst in Hamburg.

Bis Montagabend war Waffenruhe vereinbart, doch es kam zu Plänkeleien der Vorposten. Aber am Montagvormittag telegraphierte die Reichsregierung, die auf alle Protesttelegramme keine Antwort erteilt hatte, an die Division: „Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist im Laufe des Montags eine neue Bremer Regierung zu bilden auf Grund des Stimmenverhältnisses bei den Nationalratswahlen. Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen. Sind diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen. Reichsregierung.“

Die letzte Differenz war mithin die Entwaffnung der Arbeiter vor dem Abzug der Division, denn die „Ablieferung der Waffen an die neugebildete Regierung“ wäre ebenfalls auf die Waffenabgabe an die Garnison herausgekommen, die ebenso wie der Vertreter des 9. Armeekorps gegen Noskes Verordnung zur Kommandogewalt rebellierte. \*) Jedoch hatten Reinhardt und Lüttwitz Noske kategorisch erklärt, das Prestige der Truppenführung ertrage den Rückzug nicht. Als die ganze Wasserkante protestierte, war die von aufgetürmten Schwierigkeiten umgebene Reichsregierung schwankend geworden. Am 2. Februar kam während der Kabinettsitzung auch noch ein gegen den Gewaltakt mit Bergarbeiterstreik drohendes Telegramm aus dem Ruhrgebiet. Noske sagte dazu in einem Erinnerungsartikel am 8. November 1928 im Berliner „Acht-Uhr-Abendblatt“: „Ich steckte das Blatt in die Tasche und sagte von dem Inhalt meinen Kollegen kein Wort. Ich setzte durch, daß meinen Vorschlägen, am nächsten Morgen gegen Bremen zu marschieren, falls keine Unterwerfung erfolge, zugestimmt wurde.“

Während Noske so mit Lüttwitz im Rücken seine Mitregierer als nicht ganz verlässliche schlappe Kerle behandelte, schoben sich in Bremen die Gerstenberger weiter an die Stadt heran. Die Arbeiter hatten sich nicht, wie so oft in dieser Revolution, durch die Verhandlungen in Sicherheit wiegen lassen. Seit am 30. Januar das Alarmtelegramm aus Berlin die Fabriksirenen in Bewegung setzte, war an der Bewaffnung der Arbeiterschaft gearbeitet worden. Zu dem einem vorhandenen Geschütz fügte ein nächtlicher Handstreich beim Beginn der Kämpfe ein zweites. Doch war die Division Gerstenberg der geringen Zahl der im Kampfe ernsthaft zu wertenden Verteidiger, insgesamt etwa 500 Mann einschließlich einer aus Cuxhaven herbeigeilten Abteilung Matrosen, militärisch weit überlegen. Mit Maschinengewehren und Handgranaten, Schrapnells, Minen und Granaten wurde der hartnäckige Widerstand der Arbeiter und Matrosen Schritt um Schritt niedergekämpft. Die Garnison hatte sich neutral erklärt und auf der Kaserne die weiße Fahne gehißt. Barrikaden wurden mit Geschützfeuer beseitigt. So drangen die im großen Bogen Bremen umfassenden Gerstenberger den weichenden Revolutionären bis an die Weserbrücken nach. Um 1 Uhr mittags hatte der Rat der Volksbeauftragten die Einstellung des aussichtslosen Kampfes befohlen. Aber die Kämpfer an den Brücken wichen nicht von ihren Plätzen. Selbst Panzerautomobile konnten an der Großen Weserbrücke nicht durchstoßen, und erst nach Stunden, nachdem die Angreifer eine große Zahl Minen gegen die Verteidiger der Brücke geschleudert hatten, vermochte das Korps

Caspari um 5.30 Uhr über die große Weserbrücke vorzudringen, während die Gerstenberger aus anderer Richtung am Marktplatz angekommen waren. Um 6.30 Uhr läuteten die Domglocken den Sieg der weißen Garden des Arbeiters Noske ein. Um die Kaiserbrücke jedoch, an der ein zerschossenes großes Gasleitungsrohr brannte, ging auch jetzt noch der Kampf weiter, bis dem allseitigen Vordringen die Arbeiter und Matrosen auch hier weichen mußten und auf glänzend durchgeführtem und gedecktem Rückzug die Gröpelinger Vorstadt und die Weserwerft erreichten. Auf dem Minensucher der Cuxhavener Matrosen, auf requirierten Lastautos und Schleppdampfern fuhr der Rest der Kämpfer weserabwärts nach Vegesack, wo sie vergeblich Nachrichten von der Hilfe Hamburgs erwarteten, um den Kampf wieder aufzunehmen. Die Fahrt wurde nach Bremerhaven fortgesetzt. Da sah man die Flüchtlinge so scheel an, daß erst durch Drohungen Verpflegung zu erhalten war. Dem Versuch, über die Nordsee Cuxhaven zu erreichen, machte ein Schneesturm, in dem ein Dampfer auf Strand gesetzt wurde und mühsam abgeschleppt werden mußte, ein Ende. Nur die Matrosen kamen trotz des Wetters nach Cuxhaven durch. Ehe die übrigen Kämpfer die Fahrt nach Bremerhaven zurück antraten, versenkten sie unter dem Gesang der Internationale ihre Waffen. Es gelang ihnen dann doch, auf dem Landweg das noch sichere Cuxhaven zu erreichen. . . Der Kampf hatte den Arbeitern 28, den Weißgardisten aber 46 Tote gekostet, während durchweg bei den Revolutionskämpfen umgekehrt die Arbeiter den weitaus größeren Teil der Opfer brachten. Es fehlte nicht die Erschießung eines Arbeiters „auf der Flucht“, die Ermordung eines anderen, weil er, als Gefangener im Lloyd-Bahnhof mit dem Gesicht zur Wand gekehrt, die ermüdeten Arme sinken ließ. Die weiße Justiz besorgte den Rest.

Den Unterweserorten Bremerhaven, Geestemünde usw., auch Wilhelmshaven und anderen Orten wurde mit der Besetzung und der Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Gerstenbergsche Ordnungstruppe sehr bald für das Wohlverhalten während der Bremer Kämpfe die Quittung zugestellt.

In Bremen herrschte die von Noske eingesetzte provisorische Regierung der Mehrheitssozialisten Rhein, Dammer, Deichmann, Wellmann, Winkelmann, die sich im April zur Koalition entwickelte. Während aller Versuche, den Einmarsch durch Verhandlungen zu verhindern, saß Deichmann im Stab der Division, die nichts unternahm, was Deichmann nicht billigte, wie Noske später ausdrücklich feststellte. Der Widerstand der Bremer Arbeiter war ungebrochen. Am 5. Februar wagten sich die Gerstenberger in voller Stärke gegen die Weserwerft vor, besetzten sie, holten die rote Fahne herunter und setzten den unter Führung von Höcker, Deisen und Miller stehenden Arbeiterrat ab. Aber schon am nächsten Tage flatterte die rote Fahne wieder über der Werft, hatte die Belegschaft die Wiedereinsetzung des Arbeiterrats, den Abzug der Truppen vom Werftgelände und die Bezahlung des Streiktages durchgesetzt. Die Weserwerft blieb denn auch das Zentrum der revolutionären Bewegung. Der massive Verrat der SPD-Führer im Februar, die Provokation des in der Stadtwehr organisierten Bürgertums, die Einkker-

rung revolutionärer Arbeiter führte zur Bildung des Einundzwanziger-Ausschusses der Betriebe <sup>10)</sup>, dessen Forderungen der Senat wochenlang ignorierte. Am 13. April stellte der Ausschuß folgendes Ultimatum: Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung der noch Verhafteten, Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer des 4. Februar, Gleichstellung der Lebensmittelbelieferung der Bevölkerung mit der Stadtwehr, Entwaffnung des Bürgertums und Bewaffnung der organisierten Arbeiter, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Als keine Antwort erfolgte, setzte am 15. April ein wuchtig durchgeführter Generalstreik ein. Der Senat schickte das bewaffnete Bürgertum in provozierender Weise gegen die Arbeiter vor, wobei es wieder Tote und zahlreiche Verwundete gab. Massenhaft wurden Verhaftungen vorgenommen. Außerordentliche Kriegsgerichte verurteilten Arbeiter, die mit bewaffneten Bürgern aneinander geraten waren und ihnen den Schießprügel abgenommen hatten, wegen „Straßenraubes“ zu Zuchthaus bis zu 15 Jahren. Der Senat und sein Stadtkommandant leisteten sich einen beispiellosen Geniestreich. Auf Befehl begann ein bürgerlicher „Abwehrstreik“. Alle Geschäfte einschließlich der Milchläden und der Verkaufsstellen des Konsumvereins, die Gast- und Speisewirtschaften, die Apotheken und Krankenhäuser wurden geschlossen. Kein Arzt half den Kranken, keine Krankenpflegerin und Hebamme durfte arbeiten. Selbst das Wasserwerk wurde vom Senat stillgelegt, so daß die Bevölkerung aus der Weser schöpfen mußte. Dieser Wahnsinn brach nicht zuletzt am Widerstand des empörten kleinen Bürgertums, nach sechs Tagen zusammen, für alle Zeit die Erinnerung daran hinterlassend, wessen die sozialdemokratische Führerschaft im Kampfe gegen klassenbewußte Arbeiter fähig ist. Am 30. April wurde der Generalstreik mit einem Teilerfolg einheitlich und geschlossen abgebrochen.

Die in Teilen überarbeitete und erweiterte Fassung dieser Broschüre gibt es zum Download bei der Gruppe Arbeiterpolitik:

<http://www.arbeiterpolitik.de/broschueren.htm>

---

<sup>10)</sup> Vorsitzender des Einundzwanziger-Ausschusses war der Betriebsratsvorsitzende der Hansa Lloyd-Werke Max Opfermann, 1928 aus der KP ausgeschlossen, nach 1945 Mitarbeit in der Gruppe „Arbeiterpolitik“.